

Pressemitteilung

Ausbau des Vorkaufsprogramms würde Berlin schaden

Berlin, 07.07.2020 – Der Zentrale Immobilien Ausschuss ZIA, Spitzenverband der Immobilienwirtschaft, kritisiert die Forderung der Berliner SPD, das öffentlich finanzierte Vorkaufsprogramm für die nächsten Jahre auszubauen und der landeseigenen Investitionsbank Berlin (IBB) hierfür zusätzliche Mittel bereitzustellen. „Die Pläne der Berliner SPD können wir nicht nachvollziehen, weil sie unserer Stadt nicht wirklich helfen“, so Stefanie Frensch, Sprecherin der ZIA-Region Ost. „Beim Vorkaufsrecht handelt es sich um ein sehr teures Instrument, das, wenn überhaupt, nur eine sehr kleine Gruppe von Berlinerinnen und Berlinern privilegiert, die alle bereits in einer durch die Mietengesetzgebung geschützten Wohnung leben. Den vielen Wohnungssuchenden und dem angespannten Wohnungsmarkt wird damit nicht geholfen. Dem Land Berlin werden damit Investitionsmittel für den dringend benötigten Neubau und die Infrastruktur entzogen. Die Wirtschaft wird nicht als Partner für die Stadt betrachtet, was wir gerade in der jetzigen Situation bedauern.“

Der ZIA

Der Zentrale Immobilien Ausschuss e.V. (ZIA) ist der Spitzenverband der Immobilienwirtschaft. Er spricht durch seine Mitglieder, darunter 28 Verbände, für rund 37.000 Unternehmen der Branche entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Der ZIA gibt der Immobilienwirtschaft in ihrer ganzen Vielfalt eine umfassende und einheitliche Interessenvertretung, die ihrer Bedeutung für die Volkswirtschaft entspricht. Als Unternehmer- und Verbändeverband verleiht er der gesamten Immobilienwirtschaft eine Stimme auf nationaler und europäischer Ebene – und im Bundesverband der deutschen Industrie (BDI). Präsident des Verbandes ist Dr. Andreas Mattner.

Kontakt

André Hentz
ZIA Zentraler Immobilien Ausschuss e.V.
Leipziger Platz 9
10117 Berlin
Tel.: 030 / 20 21 585 23
E-Mail: andre.hentz@zia-deutschland.de
Internet: www.zia-deutschland.de